

Sicherungsübereignung und versicherbares Interesse in Japan

Mitsuo Sakaguchi

Einleitung

Die vorliegende Abhandlung untersucht Aspekte des versicherbaren Interesses an den zwecks Sicherung übereigneten Sachen.

Für das gültige Zustandekommen und Bestehen eines Versicherungsvertrages ist es erforderlich, daß ein Interesse an dem Sicherungsgut vorliegt. Es ist umstritten, ob der Sicherungsnehmer an dem Sicherungsgut ein zum vollen Substanzwert versicherbares Eigentümerinteresse hat, oder ob ein solches Substanzinteresse lediglich dem Sicherungsgeber zusteht, während der Sicherungsnehmer nur ein versicherbares Interesse bis zur Höhe der noch ausstehenden Forderung, ähnlich dem Pfandgläubiger, hat. Dieses Problem hängt eng mit der Rechtskonstruktion der Sicherungsübereignung zusammen. Bei der Rechtskonstruktion der Sicherungsübereignung bestehen Kontroversen darüber, ob das Eigentum an dem Sicherungsgut auf den Sicherungsnehmer übergegangen ist. In der Diskussion zum heutigen japanischen Versicherungsrecht ist über die Frage des Interesses an dem Sicherungsgut eine heftige Kontroverse entbrannt, welche seit Jahren unvermindert andauert.

Das Interesse an den zwecks Sicherung übereigneten Sachen

In Deutschland und Japan hat sich der Grundsatz der Sicherungsübereignung gegen das Mobiliarpfandrecht durchgesetzt. Anstelle einer Verpfändung übereignet der Schuldner dem Gläubiger eine ihm gehörige Sache zur Sicherung einer gegen ihn gerichteten Forderung des Gläubigers. Die Übereignung erfolgt regelmäßig durch Einigung und Vereinbarung des Besitzkonstituts.

Dies hat zur Folge, daß dem Schuldner unmittelbarer Besitz und Nutzungsmöglichkeit an der Sache verbleiben, während auf den Gläubiger das Eigentum übergeht. Während im Regelfall die Übereignung als endgültige und vollständige Zuordnungsänderung gewollt ist, handelt es sich bei der Sicherungsübereignung nach Absicht der Parteien nur um eine vorläufige Eigentumsübertragung: Erfüllt der Schuldner seine Verbindlichkeit, so soll das Eigentum an der Sache an ihn zurückfallen. Wenn der ursprüngliche Eigentümer seine versicherte Sache zwecks der Sicherung seiner Schuld dem Gläubiger übereignet, so liegt darin eine Veräußerung, die den Gläubiger zum Versicherungsnehmer macht. Dieses Interesse des rechtlichen Eigentümers ist deshalb auch nach der Sicherungsübereignung zum vollen Sachwert versicherbar, ohne Rücksicht auf die Höhe der Forderung und unabhängig davon, daß der Erwerber verpflichtet ist, dem Schuldner die übereigneten Gegenstände nach Abdeckung der Schuld wieder zurückzugeben.

Das Reichsgericht hat in einem Urteil v. 18. 6. 1937 entschieden, daß der Sicherungsnehmer das Eigentümerinteresse an dem Sicherungsgut hat und daß er den Versicherungsvertrag darüber gültig abschließen kann. Aber aus diesem Urteil ist es nicht ersichtlich, ob der Sicherungsgeber ein Eigentümerinteresse an dem Sicherungsgut hat oder nicht.

1. Das Landgericht Gifu v. 23. 3. 1959 hat dagegen entschieden, daß das Eigentum an dem Sicherungsgut auf den Sicherungsnehmer voll übergeht und daß der Sicherungsgeber infolge des Verlustes seines Eigentums kein Interesse an dem Sicherungsgut hat. Dies hat zur Folge, daß der vom Sicherungsgeber abgeschlossene Versicherungsvertrag wegen fehlenden Interesses unwirksam wird. Das Urteil folgt der Ansicht, daß bei der Rechtskonstruktion der Sicherungsübereignung die fiduziarische Übereignung geeignet ist. Das Urteil vertritt den Standpunkt, daß der Sicherungsgeber kein Interesse an dem Sicherungsgut hat. Der Verfasser der vorliegenden Abhandlung hat jedoch aus mehreren Gründen Zweifel an der Richtigkeit dieses Urteils. 1) Für die Annahme eines Substanzinteresses in der Höhe des vollen Sachwertes ist es entscheidend, auf die Gefahrtragung abzustellen. Die Gefahr eines Verlustes des Sicherungsgutes wird aber allein von dem Sicherungsgeber getragen. Trotz Verlustes des Sicherungsgutes besteht die gegen den Sicherungsgeber gerichtete Forderung des Sicherungsnehmers fort, und der Sicherungsgeber ist in diesem Fall regelmäßig verpflichtet, eine Ersatzsicherheit zu stellen.

Ein zum vollen Sachwert versicherbares Eigentümerinteresse hat nur derjenige, der die Sache in seinem unmittelbaren Besitz hat und den Vorteil aus ihr zieht, wie dies bei dem Sicherungsgeber der Fall ist. 2) Das Interesse des Eigentümers liegt nicht nur in der vollen Erhaltung des Eigentums, sondern auch in seiner Wiedererlangung. 3) Der Verfasser hat Kenntnis davon, daß in der heutigen Versicherungspraxis die Bestätigung über die Zustehung des Eigentums an dem Sicherungsgut zum Zeitpunkt des Abschlusses des Versicherungsvertrages nicht voll gemacht wird und daß der Abschluß des Versicherungsvertrages durch den Sicherungsgeber für seine Rechnung nicht verhindert wird. Unter einer solchen Versicherungspraxis ist es unbillig, zum Zeitpunkt des Versicherungsfalls unerwartet eine Unwirksamkeit des Versicherungsvertrages durch den Sicherungsgeber anzuerkennen. Als Ergebnis ist festzuhalten, daß auch der Sicherungsgeber ein versicherbares Interesse an dem Sicherungsgut haben kann.

2. Wenn man bei der Rechtskonstruktion der Sicherungsübereignung den Sicherungscharakter für wichtig hält, kommt man zur Anerkennung des Interesses des Sicherungsgebers. Nach dieser Ansicht geht das Eigentum an dem Sicherungsgut nicht auf den Sicherungsnehmer über, und der Sicherungsnehmer hat an dem Sicherungsgut nur Hypothek im Sinne einer Sicherungsübereignung, die der Sicherungsnehmer nicht dem Gesetz gemäß verwerten kann. Es wird heute im allgemeinen in der Rechtsprechung und in der Literatur anerkannt, daß der Sicherungsgeber ein Interesse an dem Sicherungsgut hat. Natürlich muß für die Gültigkeit dieser Ansicht eine traditionelle Theorie, nach der bei der Sicherungsübereignung das Eigentum an dem Sicherungsgut auf den Sicherungsnehmer übergegangen ist, modifiziert werden, weil nach dieser Ansicht der Übergang des Eigentums auf den Sicherungsnehmer zu verneinen ist.

Gegen diese Ansicht werden aus dem Grunde der Zweckmäßigkeit der Versicherungspraxis Bedenken geäußert. Der Grund dafür ist folgender: Der Versicherer muß bei der einheitlichen Behandlung der zahlreichen Versicherungsverträge die Zustehung des Interesses auf Grundlage der äußeren Erscheinung wie etwa einer Grundbucheintragung entscheiden können. Nach dieser Ansicht ist die Eintragung ins Grundbuch maßgebend für die Zustehung eines Interesses, und der Sicherungsnehmer hat ein Interesse an dem Sicherungsgut, wenn er im Grundbuch eingetragen ist. Dieser Ansicht muß jedoch wider-

sprochen werden, denn es wird dabei übersehen, daß die Eintragung ins Grundbuch nicht direkt mit der Annahme des Interesses zusammenhängt. Das Reichsgericht hat in einem Urteil v. 18. 6. 1937 entschieden, daß der Erwerber des Eigentums an einem Gebäude unabhängig von der Eintragung ein Interesse an dem Gebäude hat. Dieser Standpunkt wird heute auch meistens in der Literatur vertreten. Wie gesagt, ist es zwar nicht zu verneinen, daß der Sicherungsgeber ein Interesse an dem Sicherungsgut hat, aber der Verfasser hat an dieser Ansicht jedoch Zweifel anzumelden. Nach dieser Ansicht wird natürlich der Übergang des Eigentums auf den Sicherungsnehmer verneint, und der Sicherungsnehmer hat weder Eigentum noch Interesse an dem Sicherungsgut. Auch wenn die Sicherungsüber-eignung ihrem Inhalt gemäß als Sicherung anerkannt werden sollte, ist das Eigentum an dem Sicherungsgut anders als eine Hypothek auf den Sicherungsnehmer übergegangen, weil der Sicherungsnehmer und der Sicherungsgeber bei Abschluß des Vertrages die Rechtsform für den Eigentumsübergang angenommen haben. Als Eigentümer trägt der Sicherungsnehmer eine Gefahr des Verlustes der Sache. Wird das Sicherungsgut zerstört, so hat er einen Schaden in voller Höhe des Sicherungsgutes erlitten, gleichgültig, ob der Schaden im Innenverhältnis einen anderen trifft. Weil der Sicherungsnehmer der Eigentümer des Sicherungsgutes ist, hält es der Verfasser für unzulässig, daß der Versicherer den Versicherungsantrag durch den Sicherungsnehmer ablehnen kann. Es ist dem Verfasser auch bekannt, daß es für den Versicherer sehr schwierig ist, Kenntnis von der Bestehen eines Sicherungsübereignungsvertrages zwischen dem Sicherungsnehmer und dem Sicherungsgeber zu gewinnen. Deshalb ist es für den Versicherer nicht leicht, den Abschluß des Versicherungsvertrages durch den Sicherungsnehmer zu verhindern. Wenn der Abschluß des Versicherungsvertrages durch den Sicherungsnehmer nicht verhindert wird, ist es unbillig, zum Zeitpunkt des Versicherungsfalls unerwartet den Standpunkt zu vertreten, der Versicherungsvertrag sei mangels Interesses unwirksam.

3. Wie bereits ausgeführt, ist die Ansicht, daß entweder nur der Sicherungsnehmer oder der Sicherungsgeber ein Interesse an dem Sicherungsgut hat, nicht haltbar. Vielmehr haben sowohl der Sicherungsnehmer als auch der Sicherungsgeber ein Interesse und können somit Versicherungsverträge gültig abschließen. Die doppelte Zuordnung des

Sicherungsgutes zum Vermögen des Sicherungsnehmers und zu dem des Sicherungsgebers hat für das Versicherungsrecht zur Folge, daß während der Dauer des Schwebezustandes bis zur Entscheidung über die endgültige Zuordnung des Sicherungsgutes beide, der Sicherungsnehmer und der Sicherungsgeber, ein Interesse in Höhe des Substanzwertes des Sicherungsgutes haben. Aber auch innerhalb dieser Ansicht werden unterschiedliche Standpunkte vertreten. 1) Das Reichsgericht hat einmal über den Eigentumsübergang an dem Sicherungsgut zwischen einer inneren und äußeren Form und einer äußeren Form unterschieden. Nach diesem Urteil sollten in dem letzteren Fall nicht nur der Sicherungsnehmer sondern auch der Sicherungsgeber das Eigentum an dem Sicherungsgut haben. Unter Berufung auf dieses Urteil wurde der Standpunkt vertreten, daß sowohl Sicherungsnehmer wie auch Sicherungsgeber ein versicherbares Interesse an dem Sicherungsgut haben. Gegenüber dieser Ansicht wurden jedoch auch Bedenken geäußert. 2) Es wird weiterhin auch die Meinung vertreten, daß das Eigentum an einem Sicherungsgut in den Eigentümer des Sicherungsnehmers und des Sicherungsgebers geteilt ist. Nach dieser Ansicht haben der Sicherungsnehmer und der Sicherungsgeber das Eigentum und somit ein versicherbares Interesse an dem Sicherungsgut. Dabei wird argumentiert, daß bei der Sicherungsübereignung der Sicherungsnehmer zwecks Sicherung das Verfügungsrecht über das Sicherungsgut hat, während dem Sicherungsgeber das Herrschaftsrecht über das Sicherungsgut im übrigen zukommt. Hier ist die Befugnis über ein Eigentum also zwischen dem Sicherungsnehmer und dem Sicherungsgeber aufgeteilt. Nach dieser Ansicht haben der Sicherungsnehmer und der Sicherungsgeber somit nur ein unvollständiges Eigentum an dem Sicherungsgut.

Der Oberste Gerichtshof v. 26. 2. 1993 hat zur Frage des Interesses an einer Sache im Falle einer Sicherungsübereignung ein Urteil gefällt, welches in der Fachwelt mit großer Aufmerksamkeit aufgenommen wurde. Dem Urteil liegt folgender Sachverhalt zugrunde. Der Kl. übereignet dem Gläubiger das ihm gehörige Gebäude zur Sicherung einer gegen ihn gerichteten Forderung des Gläubigers. Das zwecks Sicherung der Forderung übereignete Gebäude ist auf den Gläubiger eingetragen. Der Kl. hat bei dem Bekl. das Gebäude gegen Feuer versichert. Nach dem Versicherungsfall hat der Kl. einen Versicherungsanspruch gegen den Bekl. geltend gemacht. Es ist Sache des Gerichts zu entscheiden, ob auch der

Sicherungsgeber ein Interesse an dem Sicherungsgut hat.

Der Oberste Gerichtshof hat die Revision des Bkl. aus folgenden Gründen abgewiesen: Mit Rücksicht auf den Sinn und die Geltung der Sicherungsübereignung sind sowohl der Sicherungsnehmer als der Sicherungsgeber in der Lage, bei dem Versicherungsfall an dem Sicherungsgut einen wirtschaftlichen Schaden zu erleiden; folglich haben der Sicherungsnehmer und der Sicherungsgeber ein Interesse an dem Sicherungsgebäude. Aus diesem Urteil, welches betont, daß sowohl der Sicherungsnehmer als der Sicherungsgeber in der Lage sind, einen wirtschaftlichen Schaden zu erleiden, ist nicht ersichtlich, ob das Urteil auch anerkennen will, daß das Eigentum an dem Sicherungsgebäude in den Eigentümer des Sicherungsnehmers und des Sicherungsgebers aufgeteilt wird. Das Berufungsgericht hat deutlich ausgesprochen, daß der Sicherungsnehmer und der Sicherungsgeber das Eigentum an dem Sicherungsgebäude haben und damit ihre Interessen die der Eigentümer darstellen. Das Urteil des Berufungsgerichts wirft die Frage auf, ob es mit dem Grundsatz nicht im Widerspruch steht, daß an einer Sache nur allein ein Eigentum bestehen kann. Was der Sicherungsnehmer anstrebt, ist die im Eigentum steckende Vorzugsstellung gegenüber allen anderen dinglich nicht gesicherten Gläubigern und die Befriedigungsmöglichkeit bei Verzug des Sicherungsgebers. Der Sicherungsnehmer erhält sachenrechtlich mehr als nach den Intentionen der Parteien wirtschaftlich gewollt ist, nämlich das Eigentum anstelle des -aus rechtstechnischen Gründen-Pfandrechts. Aber bei diesem Eigentum des Sicherungsnehmers handelt es sich nur um das formale Eigentum, welches vom vollständigen Eigentum weit entfernt ist. Weil das Eigentum des Sicherungsnehmers inhaltlich nur das Verfügungsrecht als eine Befugnis der im Eigentum steckenden Rechtsbefugnisse darstellt, ist der Verfasser der Ansicht, daß es nicht mit dem obigen Grundsatz im Widerspruch steht, obwohl hierbei der Sicherungsnehmer und der Sicherungsgeber das Eigentum an dem Sicherungsgut haben. Es soll hier auch darauf hingewiesen werden, daß der obige Grundsatz bei der Sicherungsübereignung nicht im engen Sinne des Wortes angewendet werden darf. Obwohl man das Eigentum des Sicherungsnehmers und des Sicherungsgebers an dem Sicherungsgut bestehen läßt, ist nicht zu befürchten, daß Unklarheiten über die jeweiligen Rechte des Sicherungsnehmers und des Sicherungsgebers entstehen.

Weiterhin ist es eine wichtige Frage, wie der Zahlungsbetrag des Versicherers im Versicherungsfall geregelt werden soll, wenn die Summe aus den Versicherungsverträgen des Sicherungsnehmers und des Sicherungsgebers den Wert der versicherten Sache übersteigt. Wie der Oberste Gerichtshof in seiner Entscheidung v. 26. 2. 1993 mit Recht hingewiesen hat, bezieht sich das Interesse des Sicherungsnehmers und des Sicherungsgebers zwar auf denselben Gegenstand, aber es fehlt eine Rechtsähnlichkeit. Eine Identität der versicherten Interessen im Sinne einer Doppelversicherung ist jedoch nur bei Identität des versicherten Interessenträgers gegeben. Da das versicherte Interesse des Sicherungsnehmers zwar dem des Sicherungsgebers quantitativ gleich ist, von ihm aber als Interesse einer anderen Person an demselben Gegenstand seinem Wesen nach qualitativ verschieden ist, liegt eine mehrfache Versicherung „desselben Interesses“ hier also nicht vor. Jedoch sind die Vorschriften über die Doppelversicherung analog anzuwenden. Der Zweck der Vorschriften zur Doppelversicherung ist es, zu verhüten, daß Versicherte sich infolge einer Doppelversicherung desselben Interesses bereichern kann. Die Rechtslage ist hier ähnlich. Es ist dabei umstritten, ob jeder Versicherer für den Schaden nach dem Verhältnisse der Versicherungssumme haftet.

Ergebnis

Die vorliegenden Untersuchungen haben gezeigt, daß sowohl der Sicherungsnehmer als der Sicherungsgeber ein Eigentümerinteresse an dem Sicherungsgut haben und deshalb den Versicherungsvertrag in Hinsicht auf Eigentümerinteresse gültig abschließen können.

Die sich aus der Doppelversicherung an dem Sicherungsgut ergebenden Schwierigkeiten bei gleichzeitiger Versicherung des Eigentümerinteresses von Sicherungsnehmer und Sicherungsgeber sind durch eine entsprechende Anwendung der Vorschriften zur Doppelversicherung zu lösen.